

Schweizer Abstimmungen Initiativen «AHVplus» und «Grüne Wirtschaft» kassieren klares Nein

BERN Sowohl die Initiative «AHV-plus» als auch die Volksinitiative «Grüne Wirtschaft» sind von den Schweizer Stimmbürgern am Sonntag mit einem deutlichen Nein abgelehnt worden. 59,4 Prozent stimmten gegen das Vorhaben des Gewerkschaftsbundes, die AHV-Renten um zehn Prozent zu erhöhen, obwohl sich vor allem das Tessin und die

meisten Westschweizer Kantone für eine Erhöhung stimmten. Das Anliegen einer «grüneren Wirtschaft» wurde gar mit 63,6 Prozent abgelehnt. Die Initiativgegner warnten erfolgreich vor Wirtschaftsschäden und Konsumeinschränkungen. Mehr Zustimmung erfuhr indes das Nachrichtendienstgesetz - es wurde mit 65,5 Prozent angenommen. Künf-

tig dürfen demnach Telefongespräche abgehört, Privaträume verwandt und in Computer eingedrungen werden. Die Gegner warnten vor einem Freipass für Überwachung. In zwölf Kantonen ist neben den 3 eidgenössischen auch über 15 kantonale Vorlagen entschieden worden. Lediglich ein Drittel davon wurde angenommen. (red/sda) **Seite 10**

«AHVplus»-Initiative deutlich gescheitert

BERN Die Initiative «AHVplus» des Gewerkschaftsbundes ist mit 59,4 Prozent Neinstimmen gescheitert. Die deutliche Ablehnung wird die Debatte um die Reform der Altersvorsorge prägen, die morgen Montag im Nationalrat beginnt. Für die Befürworter eines Zuschlags auf die AHV-Renten ist die Luft dünner geworden. 921 000 Stimmende sagten Ja zur Initiative, die 10 Prozent höhere AHV-Renten verlangte. 1 348 000 sprachen sich dagegen aus. Das Ständemehr erreichte die «AHVplus»-Initiative ebenfalls nicht. Sie kam auf 5 Ständesstimmen, 12 wären für eine Annahme nötig gewesen. Die Initiative spaltete die Landesteile. Das Tessin und die meisten Westschweizer Kantone stimmten für die flächendeckende Erhöhung der AHV-Renten. Mit 59,5 Prozent kam aus dem Kanton Jura das deutlichste Ja, gefolgt von Neuenburg, Genf, dem Tessin und der Waadt. Das Wallis und der Kanton Freiburg schlugen sich ins Nein-Lager. In den kleinen Ost- und Innerschweizer Kantonen war die Ablehnung am deutlichsten. In Appenzell Innerrhoden sagten 77,7 Prozent der Stimmenden Nein, in Obwalden 75,1 Prozent. Auch Bern und Zürich lehnten die Initiative mit über 60 Prozent ab, Basel-Stadt mit 50,1 Prozent. Das deutliche Resultat der Abstimmung ist Wasser auf die Mühlen jener bürgerlichen Parteien, die bei der Reform der Altersvorsorge eine Erhöhung der AHV-Renten ablehnt. Der Ständerat hat einen Zuschlag von 70 Franken auf neue Einzelrenten beschlossen, um die Senkung des Umwandlungssatzes auszugleichen. (sda)